

München, 15.11.2017

Ausgebeutete Lehrbeauftragte: SPD fordert mehr Geld für die Hochschulen

Abgeordnete Rosenthal und Zacharias bemängeln prekäre Arbeitsbedingungen

Die SPD-Hochschulexperten **Georg Rosenthal** und **Isabell Zacharias** fordern die Staatsregierung anlässlich der heutigen Sitzung des zuständigen Ausschusses auf, die prekäre Situation vieler Lehrbeauftragten an Bayerns Hochschulen zu verbessern. "Die Lage etwa an der Musikhochschule in München ist beschämend", betont Zacharias, die auch Sprecherin für Hochschul- und Kulturpolitik der BayernSPD-Landtagsfraktion ist. "Die Lehrbeauftragten, die eigentlich ursprünglich mal als ergänzendes Angebot gedacht waren, stemmen dort die Hälfte des Unterrichtes. Trotzdem werden sie nur für die Stunden, die sie tatsächlich unterrichten, bezahlt - nicht aber für Vor- und Nachbereitung oder Prüfungen, auch nicht im Krankheitsfall. Und das an einer derart renommierten Hochschule!"

Für den Abgeordneten Rosenthal liegt die Ursache für diese Ungerechtigkeit in der mangelnden finanziellen Ausstattung der bayerischen Hochschulen. "Ohne die nötigen Mittel können die Hochschulleitungen ihre Lehrbeauftragten weder vernünftig bezahlen noch ihre Stellen in Teilzeitstellen umwandeln. Die Staatsregierung ist in der Pflicht, hier nachzubessern. Es kann nicht sein, dass die Lehrbeauftragten weiterhin ausgebeutet werden."



Lehrbeauftragte Ausschuss Hochschule 15.11.17

Download: Foto in hoher Auflösung (Nutzung kostenfrei) v.l.: Isabell Zacharias (Hochschulpolitische Sprecherin), Yumiko Yamamoto, Hans-Christian Hauser und Saskia Fikentscher (alle drei Lehrbeauftragte an der Musikhochschule München), Georg Rosenthal (Mitglied des Ausschusses)